

JETZT REICHT'S

EUROPAS INDUSTRIE EUROPAS ARBEITSPLÄTZE UNSERE ZUKUNFT

Jedes Jahr gewährt Europa seinen energieintensiven Industrien über das **EU-Emissionshandelssystem (ETS) staatliche Beihilfen in Milliardenhöhe**. Die kostenlosen Emissionszertifikate wurden ursprünglich als zeitlich begrenzte Maßnahme eingeführt, um die Verlagerung von CO₂-Emissionsquellen zu verhindern. Doch auch 20 Jahre später werden sie weiterhin vergeben. Nun plant die Europäische Kommission, dieses System bis 2040 zu verlängern und zwar nach wie vor ohne verbindliche soziale Auflagen zum Erhalt von Beschäftigung oder zum Schutz der Arbeitnehmer*innen.

Trotz milliardenschwerer öffentlicher Unterstützung haben zahlreiche große europäische Industrieunternehmen hohe Dividenden ausgeschüttet, Arbeitsplätze abgebaut und Investitionen in die Dekarbonisierung aufgeschoben. Jetzt verlangen einige von ihnen weniger Emissionsvorschriften und zusätzliche finanzielle Hilfen. **Die Beschäftigten werden nicht zweimal zahlen. Jetzt reicht's.**

ÖFFENTLICHE MITTEL. KEINE VERPFLICHTUNGEN.

Jedes kostenlos zugewiesene Emissionszertifikat bedeutet entgangene **öffentliche Einnahmen, die in die Dekarbonisierung der Industrie, Qualifizierungsmaßnahmen und einen gerechten Wandel hätten investiert werden können**. Emissionszertifikate sind zudem nicht die einzige Quelle öffentlicher Unterstützung für die Industrie.

176,8 Mrd. €

Wert der **2,5 Mrd. kostenlosen Emissionszertifikate**, die der Industrie im Rahmen des Emissionshandelssystems (ETS) von 2021 bis 2025 zugewiesen wurden: das entspricht etwa **35 Mrd. € pro Jahr**.¹

40 %

Anteil der kostenlosen Emissionszertifikate, der an lediglich zwanzig börsennotierte europäische Unternehmen ging. Dieser belief sich auf **70,7 Mrd. €**.

11,4 Mrd. €

gingen in Form von **staatlichen Beihilfen** an dieselben Unternehmen ebenso wie **Zuschüsse aus dem EU-Innovationsfonds in Höhe von bis zu 2,4 Mrd. €** im Zeitraum 2021–2025.²

5,5 Mrd. €

von den Mitgliedstaaten allein im Jahr 2024 gezahlt, um die Industrie für **die CO₂-Kosten im Strompreis zu entschädigen**.³

DAS GELD GING AN DIE AKTIONÄRE

417 Mrd. €

Dieselben zwanzig börsennotierten europäischen Unternehmen erzielten von 2021 bis 2025 einen Nettogewinn von 417 Mrd. € und **waren in über 90 % der Zeit** (90 von 99 Unternehmensjahren) profitabel.

327 Mrd. €

Von denselben Unternehmen weltweit in Form von **Dividenden und Aktienrückkäufen** ausgezahlt: das entspricht mehr als dem **Viereinhalbfachen des Wertes der ihnen zugewiesenen kostenlosen Emissionsrechte**.



Die kostenlosen Zertifikate fließen weiter – ganz gleich, ob Unternehmen investieren, Arbeitsplätze abbauen oder Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten.

EMISSIONSENKUNG DURCH PRODUKTIONSKÜRZUNGEN IST KEINE DEKARBONISIERUNG

Die kostenlose Zuteilung sollte eigentlich die umweltfreundlichsten Produzenten belohnen. Die Emissionen vieler Unternehmen sanken jedoch nicht, weil sie umweltfreundlicher produzierten, sondern weil sie weniger produzierten.⁴ Das ist keine Dekarbonisierung. **Es ist eine Deindustrialisierung, die zum Teil mit öffentlichen Geldern finanziert wird.**

15 % VS 53 %

Seit 2005 sind die **Emissionen von Industrieanlagen**, die den Großteil ihrer Emissionszertifikate kostenlos erhalten, lediglich um **15 % gesunken**. Dagegen gingen die Emissionen von Kraftwerken und Verbrennungsanlagen, die den überwiegenden Teil ihrer Zertifikate erwerben müssen, um **53 % zurück**.⁵

2031

Im ersten Jahr würde der ETS-Vorschlag der EU-Kommission die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten an Investitionspläne knüpfen. Doch selbst dann wären keinerlei Auflagen zur Sicherung von Arbeitsplätzen vorgesehen.

3 BILLION+

Kostenlose Emissionszertifikate, die gemäß dem Vorschlag der Kommission zwischen 2026 und 2040 vergeben werden könnten.



Unterdessen setzen einige der größten Empfänger alles daran, beim Europäischen Rat neue Auflagen für die Vergabe kostenloser Emissionszertifikate zu verhindern. Jetzt reicht's. **Öffentliche Gelder müssen dem öffentlichen Interesse dienen: Sie müssen Arbeitsplätze sichern, Investitionen fördern und einen gerechten Übergang in Europa unterstützen.**

UNSERE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Europa braucht eine Industriestrategie, die staatliche Förderung und Investitionen an europäische Produktion und an Arbeitsplätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette knüpft.

Staatlich geförderte Produkte sollten einen Mindestanteil an europäischen Bestandteilen aufweisen. „Made in Europe“ muss für gute Arbeitsplätze, hohe Sozial- und Umweltstandards sowie Gegenseitigkeit im fairen Handel stehen.



1. KEINE ÖFFENTLICHEN GELDER OHNE VERBINDLICHE AUFLAGEN

Staatliche Unterstützung muss **Arbeitsplätze, Tarifverhandlungen, Umschulung und Schutz vor Standortverlagerungen** gewährleisten. Keine Subventionen für Dividenden oder Aktienrückkäufe sowie **Rückforderungen bei Nichteinhaltung von Verpflichtungen**.

3. WERTSCHÖPFUNGSKETTEN IN EUROPA HALTEN

Bezahlbare saubere Energie für unsere Industriezweige gewährleisten und bereitstellen. Rohstoffe, Komponenten, Forschung und Entwicklung sowie Endmontage in Europa verankern und dabei **gute Arbeitsplätze mit hohen sozialen und ökologischen Standards** schaffen und gleichzeitig die Anforderungen an den lokalen Anteil auf andere strategische Sektoren ausweiten.

2. EUROPÄISCHE NACHFRAGE NUTZEN, UM DIE EUROPÄISCHE INDUSTRIE ZU UNTERSTÜTZEN

Nutzt das öffentliche Beschaffungswesen und andere Anreize, um die Nachfrage nach in Europa produzierten Gütern anzukurbeln und Investitionen in die europäische Produktion und die Lieferketten zu sichern.

4. PRODUZIERT IN EUROPA

Die Politik muss Produkte mit einem erheblichen, nachweisbaren europäischen Anteil fördern.

Das bedeutet: hier entwickelte Technologie, hier hergestellte Komponenten, hier ausgebildete Arbeitskräfte und hier geschaffener Mehrwert.

UNSERE FORDERUNGEN AN DIE UNTERNEHMENSLEITUNG

1. STOPPT DAS AUSBLUTEN

Stoppt den Stellenabbau und die Forderungen nach Zugeständnissen der Beschäftigten.

Wir brauchen einen ernsthaften Plan zur Rettung der Industrie.

3. INVESTIERT JETZT IN UNSERE GEMEINSAME ZUKUNFT

Anstatt den Gewinn zu maximieren, sollte **sichergestellt werden, dass in Standorte, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie Qualifikationen investiert wird**. Es ist eine unternehmerische Entscheidung, ob die Technologieführerschaft aufgegeben wird.

2. RESPEKTIERT DIE BESCHÄFTIGTEN UND SCHÜTZT UNSERE GEMEINSCHAFTEN

Eine starke Arbeitnehmerbeteiligung und gute Arbeitsbeziehungen sind entscheidend für die Transformation der europäischen Industrien. Unternehmen müssen **Tarifverträge einhalten und das Recht der Arbeitnehmer auf Unterrichtung und Anhörung achten**.

4. REDET EUROPA NICHT SCHLECHT

Hört auf, den globalen Wettbewerb als Rechtfertigung dafür zu nutzen, lokale Arbeitnehmer zu unterbieten. Europa verfügt über die Kompetenzen und die Innovationskraft, um eine Führungsrolle zu übernehmen; die Unternehmensführungen müssen sich **für die heimische Produktion einsetzen und in ihre Zukunft reinvestieren**, anstatt ihr Potenzial schlecht zu reden.

¹ Berechnungen von industriAll Europe auf der Grundlage des Unionsregisters der Europäischen Kommission, bewertet zum durchschnittlichen EEX-Auktionspreis des jeweiligen Jahres

² Nach Angaben der EU-Kommission, "State Aid Transparency Public Search" und CINEA, "Innovation Fund projects", 2026.

³ EU-Kommission, "Report on the functioning of the European carbon market in 2024", COM(2025) 735, 2025.

⁴ Berechnung auf der Grundlage des Unionsregisters der Europäischen Kommission, der Jahresberichte der Unternehmen und der Anlagenangaben des Global Energy Monitor
⁵ European Topic Centre on Climate Change Mitigation, "Trends and projections in the EU-ETS in 2025", 2025/06.